

Protokoll

der ordentlichen Bürgerversammlung der Politischen Gemeinde Schänis vom Freitag, 26. März 2010, 20.00 Uhr, im Mehrzweckgebäude Hof

Vorsitz:	Erich Jud, Gemeindepräsident
Protokoll:	David F. Reifler, Gemeinderatsschreiber
Stimmberechtigung insgesamt:	2'506 Stimmbürgerinnen und Stimmbürger
anwesende Stimmberechtigte:	199 abgegebene Stimmausweise
Stimmausweiskontrolle:	Verena Glarner, Neugut 5, Schänis Adelheid Oberkalmsteiner, Ziegelhof 54, Schänis
Stimmenzähler:	Verena Glarner, Neugut 5, Schänis Jeannine Moos, Wohnhausen 8, 8723 Rufi Adelheid Oberkalmsteiner, Ziegelhof 54, Schänis Fabio Steiner, Christian-Schwitler-Strasse 15, Schänis
Mikrophon:	Joseph Tresp, Birlig 19, Schänis
Präsenz:	Gemeinderat vollzählig
Ende der Versammlung:	21.30 Uhr

Die Ankündigung der Bürgerversammlung erfolgte gemäss Art. 29 Abs. 1 des Gemeindegesetzes (nGG, sGS 151.2) rechtzeitig.

Einleitung

Mit den nachstehenden Ausführungen eröffnet Gemeindepräsident Erich Jud die heutige Bürgerversammlung:

"Haben Sie sich auch schon überlegt, was Sie tun würden, wenn Sie von allen Zwängen frei wären? Wenn Sie keine Rücksicht auf die Familie, auf Freunde, Ihre Stellung in der Gesellschaft und Ihre finanziellen Möglichkeiten nehmen müssten. Wenn Sie einmal tun könnten, was Ihr Herz begehrt, frei von allen Zwängen.

Zweifellos wären die Vorstellungen, wie ein solches Leben ohne Zwänge aussehen könnte sehr unterschiedlich. Da würde weiterhin ein gottgefälliges Leben geführt und dort die Sau rausgelassen. Der eine würde weiterhin Geld scheffeln, um dieses dann doch nicht in die Gruft mitnehmen zu können - der andere jeden Rappen in vermeintliche Glückseligkeit umwandeln. Eines ist aber ganz sicher: Die Welt würde ohne Schranken auch im privaten Leben noch rascher aus den Fugen geraten - und wir hätten bald überall ein unermessliches Chaos.

Fazit der Geschichte: Wir brauchen Gesetze, um überhaupt miteinander leben zu können, weil wir offensichtlich eher für die Unvernunft als die Vernunft geschaffen sind.

In unserem Land sind alle Gesetze demokratisch legitimiert. Es gibt Bundesgesetze und kantonale Gesetze und Reglemente in den Gemeinden. Eine Binsenwahrheit. Es kommt aber immer wieder vor, dass wir als urdemokratische Geister übergeordnetes Regelwerk verwünschen und in Frage stellen. Und glauben zu wissen was wirklich richtig und rechtens ist: Ganz einfach das, was in unserem Kopf ist. Obwohl wir im Innersten ganz genau wissen, dass ohne dieses übergeordnete Gesetzeswerk die Anarchie vorprogrammiert wäre.

Sowohl in unserem privaten Leben wie als Gemeinde ist genug zu wenig, wir müssen uns weiterentwickeln, wollen mehr; jede und jeder auf seine Weise. Ein dichtes Regelwerk ist uns dabei hinderlich: Dem Banker das pflichtige Offenlegen der Bankkonten und dem Fachmarkt vielleicht das Baugesetz.

Zwei Auslegungen von Wachstum und Weiterentwicklung in unserer Gemeinde, wie ich diese gehört habe und wie diese unterschiedlicher nicht sein könnten:

Der Bau einer IKEA-Filiale verbraucht unnötig Land. Es gibt bereits heute ein Überangebot von Verkaufsflächen jeglicher Couleur. Wieso noch weiterhin Volk verblörende Konsumtempel bauen? Der Kanton sollte da ein Machtwort sprechen.

Das Gegenstück: Wieso die ganze Linthebene trocken legen, anstatt diese naturnah versumpfen zu lassen? Und wieso mit viel Steuergeldern Nahrungsmittel produzieren, die wir im Moment nicht brauchen. Die Kantone sollten auch da ein Machtwort sprechen.

Je nachdem wo man steht, werden die vorgenannten Beispiele da die Weissglut ins Gesicht treiben und dort auf freudige Zustimmung stossen.

Es ist, meine Damen und Herren, nicht mit Sicherheit auszuschliessen, ob in der heutigen Zeit die Unvernunft nicht Programm ist. Das Immer-Mehr und ständiges Wachstum sind - auch wenn die Rechnung in letzter Konsequenz mit Sicherheit nicht aufgehen kann - überall Pflicht. Und sei es nur das Schuldenwachstum. Es gilt heute wie gestern - nachdem wir viele Tausend Jahre das Gegenteil geübt haben - noch immer das Prinzip des Fressen oder Gefressenwerdens. Dazu noch eine ketzerische Frage: Möchten Sie in der Wildnis lieber einem Löwen oder einem Menschen begegnen? Die Antwort: Der Löwe frisst nur, wenn er Hunger hat.

Die Gretchenfrage für uns als Bürgerinnen und Bürger lautet nun: 'Wie haben es WIR mit dem Wachstum und dem unentwegten Immermehr?' Wir wollen keine Gemeinde sein, und es besteht diesbezüglich auch kaum Gefahr, die in rasantem Tempo wächst. Wir wollen aber auch nicht zu einer Gemeinde werden, in der man nichts mehr bewegen kann und die endgültig und für lange Zeit total am Tropf des Kantons hängt. Und Schänis von der Leiterin des Amtes für Gemeinden, Inge Hubacher, regiert wird. Darum will der Gemeinderat, so gut dies möglich und mit den Gesetzen vereinbar und machbar ist, dass einerseits Arbeitsplätze geschaffen werden und z. B. die IKEA angesiedelt werden kann. Andererseits soll auch die Landwirtschaft nicht zu kurz kommen, indem z. B. mit beträchtlichen Geldern aus der Gemeindekasse, nämlich mit zirka 400'000 Franken pro Jahr, der Boden der Linthebene fruchtbar erhalten wird.

Denn oberstes Ziel ist es, miteinander - ich wiederhole - miteinander und auch mit Rücksicht auf Natur und Umwelt eine nachhaltige Politik für unsere Gemeinde zu betreiben. Damit wir zusammen glücklich bleiben.

Was die Ansiedlung der IKEA in Schänis betrifft, hat eine Delegation des Gemeinderates am vergangenen Dienstag mit Vertretern von Kanton und Region eine Auslegung gemacht. Dieses Gespräch darf man als verhalten konstruktiv bezeichnen. Es hat sich gezeigt, dass noch sehr hohe Hürden zu überwinden sind. Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos. Der Gemeinderat will sein Möglichstes tun, wobei er von der Ortsgemeinde Schänis aktiv mitgetragen wird.

Politik ist eine ernste und komplizierte Sache. Aber mit dem Alter sagt man, wird man gelassener und weiser. Was bei mir persönlich wohl nicht ganz eingetroffen ist. Ich habe aber gelernt, Rückschläge wie Erfolge zu relativieren. Insbesondere wenn ich zur Kenntnis nehme, dass während meiner Zeit als Gemeindepräsident ungefähr ein halbes Bataillon, nämlich 411 liebe Menschen uns für immer verlassen haben – und ich diesbezüglich nicht mehr zu hinterst in dieser Reihe stehe. Und wir annehmen müssen, dass viele dieser mehr als 400 verstorbenen Menschen ihr Leben nicht noch einmal gleich gestalten würden. Darum mein Ratschlag an Sie, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger:

Lebenslust gepaart mit Toleranz sind die einzigen probaten Mittel, damit wir miteinander zufrieden durch die Zeit kommen.

Geschätzte Mitbürgerinnen und geschätzte Mitbürger!

Es freut mich, Sie freundlich zur heutigen Bürgerversammlung begrüßen zu dürfen. Bevor wir zum offiziellen Teil kommen, noch ein paar Mitteilungen im Eilzugstempo, weil wir nachher doch einige Traktanden miteinander abzuarbeiten haben.

- *Es wird geredet und geredet und geplant und geplant. Aber viel Konkretes hat der Gemeinderat nicht vorzuweisen. Bevor die 1. Etappe der Sanierung der Dorfbäche in Angriff genommen wird, werden noch einige Hochwasser grossen Schaden anrichten. Seit den Iden des März ist nun aber sicher, dass es definitiv vorwärts geht. Die Schlüsselstelle, die Querung des Rappenbaches über die Staatsstrasse, ist im Bau. Die Bausumme für das Los 1 beträgt zirka 1.2 Mio. Franken. Die Detailplanung für Los 2, d. h. die Detailplanung für den neuen Bach entlang der Mehrfamilienhäuser im Steinen und den Ausbau des Krüppelbaches, wurde vergeben. Und irgendwann im 2. Halbjahr wird auch da gebaut – damit wird die zweite grosse Gefahrenzone eliminiert. Ende Monat wird der Gemeinderat auch die Detailplanung für Los 3, also den Rappenbach, vergeben. Damit im Herbst auch hier gebaut werden kann.*
- *Unzufrieden ist der Gemeinderat mit den Absichten des Amtes für öffentlichen Verkehr, die S4 (die Bahn, die um den Kanton fährt) in Schänis vorbeifahren zu lassen. Amden, Weesen, Benken und Schänis sind in dieser leidigen Angelegenheit zusammen an das Volkswirtschaftsdepartement, bzw. Regierungspräsident Joe Keller gelangt. Zur fachlichen Beurteilung wurde der VCS, mit dem wir sonst nicht immer einer Meinung sind, zugezogen. Am 16. April findet ein Gespräch mit Regierungspräsident Joe Keller statt.*
- *Der Gemeinderat will die Arbeitsabläufe des Bauamtes straffen, was zwingend bedingt, dass auch der Bauherr mitmacht und die verlangten Meldungen (z. B. Schnurgerüst oder Fertigstellung einer Baute) termingerecht vornimmt. Damit dies auch durchgesetzt werden kann, wird mit der Baubewilligung eine Kautions von 2'000 Franken einverlangt. Und sofort nach Bauvollendung wieder zurückbezahlt. Dies ist zwar keine erfreuliche Nachricht, aber eine notwendige Massnahme. Auch für Kleinstbauten ausserhalb der Bauzone müssen zukünftig korrekte und saubere Unterlagen verlangt werden. Damit einerseits Kosten gespart und andererseits Verzögerungen vermieden werden können.*
- *Die Hochschule Rapperswil hat die Studie über die mögliche Neugestaltung des Rathausplatzes abgeschlossen. Es sind viele von Studenten geschaffene interessante Varianten zum Vorschein gekommen. Die Arbeiten der Hochschule werden am 24. April der Bevölkerung vorgestellt.*
- *Am Dienstag nach Ostern ist der nächste Spatenstich. Dann wird mit der Erschliessung der Liegenschaft 'Steine' begonnen. Die Erschliessungsarbeiten konnten zu guten Konditionen vergeben werden. Bis zirka Ende August sollten diese Erschliessungsarbeiten abgeschlossen werden können. Im April/Mai/Juni werden die Bauparzellen, soweit möglich, verkauft. Wegen der Sanierung der Bäche können auch nach Fertigstellung dieser Erschliessungsarbeiten noch nicht alle Parzellen überbaut werden.*

Noch je eine Meldung für die lieben Rufner und die lieben Maseltrangner:

- *In Rufi stinks, stinks grauenhaft, sagt man. Die Betreiberin des Luft verpestenden Schweinestalls muss nun bis Mitte Jahr einen sogenannten Biowäscher einbauen, womit mindestens 80 Prozent des Gestanks eliminiert werden kann. Ein entsprechendes Baugesuch ist bereits eingegangen.*
- *Früher habe ich immer geschrieben: Erich Jud, Dörfli, 8723 Maseltrangen, was natürlich falsch war. Es hätte richtig heissen müssen: Erich Jud, Dörfli, Maseltrangen, 8723 Rufi. Im Zusammenhang mit der Registerharmonisierung, die wiederum mit der Volkszählung zu tun hat, musste eine neue postalische Ortschaft geschaffen werden: 8723 Maseltrangen. Und ich bin jetzt noch stolzer, ein Maseltrangner zu sein.*

Begrüssung

Nach diesen einleitenden Worten begrüsst Gemeindepräsident Erich Jud alle Anwesenden freundlich zur heutigen Bürgerversammlung. Er dankt allen, die sich für die politischen Geschehnisse in unserer Gemeinde interessieren.

Einen besonderen Gruss richtet er - soweit anwesend - an seinen Vorgänger als Gemeindepräsident Alphons Schwizer und an alle ehemaligen Gemeinderäte. Aber auch allen, die erstmals oder erstmals in Schänis an einer Bürgerversammlung teilnehmen, entbietet der Vorsitzende einen herzlichen Willkommensgruss. Er hofft, die neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger davon überzeugen zu können, dass die Schänner faire Diskussionspartner und gute Demokraten sind.

Bevor er zur Behandlung der traktandierten Geschäfte kommt, stellt Gemeindepräsident Erich Jud fest, dass

- zur heutigen Bürgerversammlung rechtzeitig eingeladen wurde und die Unterlagen mit der Jahresrechnung ebenso rechtzeitig zugestellt wurden;
- die Bürgerversammlung somit rechtskräftig durchgeführt werden kann.

Überdies wird gemäss Art. 13 der Gemeindeordnung bekannt gegeben, dass für die Protokollführung technische Hilfsmittel verwendet werden (Tonbandaufnahme).

Die Traktandenliste präsentiert sich wie folgt:

1. Jahresrechnung 2009 und Bericht der Geschäftsprüfungskommission
2. Voranschlag und Steuerplan 2010
3. Integration der Wasserversorgung Solenberg in die neu zu gründende Wasserkorporation Schänis
4. Kreditbegehren für eine Erweiterung der Abwasserzufluss-Steuerung

5. Einbürgerungen
6. Allgemeine Umfrage

Der Versammlungsleiter stellt die Traktandenliste zur Diskussion.

Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt und gelangt damit in der vorliegenden Form zur weiteren Behandlung.

1. Jahresrechnung 2009 und Bericht der Geschäftsprüfungskommission

Gemeindepräsident Erich Jud verweist auf die auf den Seiten 44 bis 59 des Amtsberichtes abgedruckte Zusammenfassung der Jahresrechnung und den auf der Seite 79 zu findenden Bericht der Geschäftsprüfungskommission. Ohne gegenteilige Aufforderung geht er davon aus, dass Nichtbelesen der Rechnung gewünscht wird.

Der Vorsitzende ergänzt die Informationen im Amtsbericht mit folgenden Feststellungen:

Die Rechnungslegung sei nach den Grundsätzen zur Rechnungslegung gemäss Art. 2 der Verordnung über den Finanzhaushalt der Gemeinden erfolgt. Schänis gehöre zu den ersten Gemeinden, die diese neuen Grundsätze zur Rechnungslegung umsetzten, wofür er Finanzverwalterin Jeannette Hämmig herzlich danke.

Die Laufende Rechnung des Gemeindehaushaltes Schänis schliesse mit einem Aufwandüberschuss von knapp 10'000 Franken ab, was eine merkliche Besserstellung gegenüber dem Budget bedeute, denn gerechnet habe man mit einem Fehlbetrag von gut 800'000 Franken.

Im weiteren weist der Versammlungsleiter die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger darauf hin, dass sie mit der Abnahme der Jahresrechnung auch die Investitionsrechnung 2009 und die Kreditabrechnungen auf den Seiten 76 bis 79 des Amtsberichtes genehmigen.

Gemeindepräsident Erich Jud eröffnet die Diskussion über die Jahresrechnung und den Bericht der Geschäftsprüfungskommission.

Da keine Wortmeldungen zu verzeichnen sind, folgt die Abstimmung über den ersten Antrag der Geschäftsprüfungskommission:

Die Jahresrechnung 2009 der Politischen Gemeinde Schänis sei zu genehmigen.

Dem Antrag wird ohne Gegenstimme entsprochen.

Gemeindepräsident Erich Jud bedankt sich für die Zustimmung.

2. Voranschlag und Steuerplan 2010

Auch der Voranschlag pro 2010 ist ab Seite 44 zusammen mit der Jahresrechnung jeweils in der rechten Spalte im Amtsbericht publiziert. Der Steuerplan pro 2010 ist auf Seite 72 zu finden.

Mit Verweis auf dieses Zahlenmaterial bemerkt der Vorsitzende Nachstehendes:

"Ich erlaube mir, bevor ich zum Voranschlag 2010 komme, einen kurzen finanzpolitischen Ausblick. Eine Gemeinde wie Schänis, grossflächig, mit extrem niedriger Steuerkraft und schwachem Wachstum wird, was die Finanzen betrifft, in den nächsten Jahren in eine angespannte Situation kommen. Weil man kleinen Landgemeinden besonders gerne Kosten überbindet, da diese keine Lobby haben. So wird Schänis die nächsten Jahre zirka 400'000 Franken pro Jahr (acht Steuerprozente) an die Linthebene-Melioration bezahlen müssen, wie ich dies eingangs erwähnt habe. Sollte nächstes Jahr, wie vom Kanton angedroht, die Pflegefinanzierung weitgehend den Gemeinden übertragen werden, wäre Schänis wiederum eher stark betroffen. Trotz der schwierigen Finanzsituation in den nächsten Jahren, wäre es dennoch unklug, dringend anstehende Verbesserungen der Infrastruktur auszusetzen oder zu verschieben.

In den nächsten Jahren werden kaum mehrere Einkommensmillionäre ihr Wohndomizil nach Schänis verlegen und auch das Wachstum wird sich nicht spürbar beschleunigen. Denn es besteht zurzeit eher die Tendenz, dass man die Zuwanderung bremsen will, wofür es auch gute Gründe gibt, was sich relativ rasch auf den Immobilienmarkt an der Aussengrenze des boomenden Wirtschaftsraumes Zürich auswirken wird.

Was kann man tun? Sparen! Aber nicht kleinherzig werden und Kleinigkeiten wie Vereinsbeiträge oder einen Apéro an die Bürgerschaft streichen. Wenn man bei einem Elf-Millionen-Budget den sieben Millionen Kosten bei der Bildung nichts anhaben kann, wird das Sparen schwierig. Denn zweifelsohne haben wir in den anderen Bereichen genau das gleiche Problem; sparen ist unmöglich. Es ist entscheidend, ich sage es immer wieder, von welchem Hügel herab man ins Tal schaut.

Nun geht es keineswegs darum, unsere Bildungseinrichtungen herunterzufahren oder den Lehrkräften weniger Lohn zu bezahlen. Wir werden aber wohl oder übel und dies nicht nur, aber auch im Bildungsbereich ernsthaft und mit Nachdruck über die Gemeindegrenzen hinweg zusammenarbeiten müssen. Damit die meist in genü-

gendem Masse vorhandene Infrastruktur gut genützt wird und leichter optimale Klassengrößen gebildet werden können. Der Tag wird wohl kommen, wo wir es uns nicht mehr leisten können, von Weesen aus ein Schifffährtchen zur Schule nach Unterterzen zu machen, weil man den grösseren Nachbarn offenbar nicht sonderlich liebt. Dies ist nur ein beliebig gewähltes Beispiel.

Bevor wir das Budget 2010 miteinander diskutieren, noch zwei-drei andere Überlegungen oder Feststellungen meinerseits, die mittelfristig auch bei den Finanzen Auswirkungen haben werden:

Eine engere Zusammenarbeit, in welcher Form auch immer, wird auch im Gesundheitsbereich und der Altenbetreuung notwendig werden. Schliesslich wird eine vernünftige Raumplanung, die diesen Namen auch verdient, es zwingend notwendig werden lassen, dass grössere Gebiete eng miteinander zusammenarbeiten. Die Zeit wird kommen, wo nicht mehr jedes Gemeindchen alles sein kann: Standort für ein bisschen Industrie, exzellente Wohngemeinde, Bauerngemeinde und noch ein wenig Tourismus obendrein. Die Zusammenarbeit muss zukünftig freundschaftlich, ehrlich, mit irgendeinem finanziellen Ausgleichsmechanismus versehen (was auch Fusion heissen kann), erfolgen, damit diese Zusammenarbeit nicht mehr länger ein Zickenkrieg mit männlichen Darstellern ist."

Sich wieder dem Voranschlag 2010 zuwendend, projiziert Gemeindepräsident Erich Jud folgende Zusammenstellung auf die Leinwand; dies um der Bürgerschaft die Veränderungen zwischen Rechnung 2009 und Budget 2010 in den einzelnen Konto-Gruppen aufzuzeigen.

Voranschlag 2009	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	
Bürgerschaft, Behörden, Verwaltung			
1'585'000	1'529'000	1'617'000	+ 88'000
Öffentliche Sicherheit			
128'000	109'000	83'000	- 26'000
Bildung			
6'824'000	6'563'000	6'841'000	+ 278'000
Kultur, Freizeit			
225'000	185'000	278'000	+ 93'000
Gesundheit			
35'000	53'000	53'000	+/- 000
Soziale Wohlfahrt			
1'165'000	1'051'000	994'000	- 57'000
Verkehr			
584'000	601'000	713'000	+ 112'000

Umwelt, Raumordnung

254'000	251'000	323'000	+ 72'000
---------	---------	---------	----------

Volkswirtschaft

156'000	142'000	124'000	- 18'000
---------	---------	---------	----------

Finanzen

10'140'000	10'477'000	9'318'000	- 1'158'000
------------	------------	-----------	-------------

Der Vorsitzende führt aus, der weitaus markanteste Unterschied von fast 1.2 Mio. Franken sei bei der Kontogruppe Finanzen auszumachen. Vornehmlich handle es sich dabei um zurückgehende Einnahmen, errechnet nach den Vorgaben des kantonalen Steueramtes, aber auch um Abschreibungen z. B. der Bäche, die noch nicht gebaut sind. Ohne weiteres hätte der Gemeinderat etwas Kosmetik durch Nichtabschreiben betreiben können, was aber niemandem nütze. Das Budget 2010 könne nicht als erfreulich bezeichnet werden. Insgesamt glaube und hoffe Gemeindepräsident Erich Jud aber, dass die Einnahmen etwas besser fließen als prognostiziert. Es sei aber wenig sinnvoll, rechnerisch nicht begründbare Zahlen in ein Budget zu setzen.

"Die Geschäftsprüfungskommission und der Gemeinderat sind davon überzeugt, der Bürgerschaft ein realistisches Budget vorzulegen. Ich würde mich freuen, wenn die heutige Bürgerversammlung zum gleichen Ergebnis kommt." Mit diesen seine Ausführungen abschliessenden Worten eröffnet Gemeindepräsident Erich Jud die Diskussion zum Budget und zum Steuerplan 2010.

Paul Bruhin, Solenberg Maseltrangen 82, äussert sich zu den budgetierten Nettokosten für die Musikschule in der Höhe von Fr. 160'000.00. Er zeigt sich erstaunt darüber, dass bei einer Anzahl von 114 Musikschülern Kosten in dieser Höhe anfallen, währenddem für die Gesamtschülerzahl von 428 betreffende Schulanlässe das Budget lediglich rund Fr. 74'000.00 aufweise. Er fragt, ob sich dieser finanzielle Aufwand für 114 Musikschüler lohne oder ob nicht im Bereich Musikschule zugunsten des allgemeinen Schulhaushaltes Leistungen abgebaut werden könnten. Des weiteren vermutet der Votant hinter diesem Budgetposten gar eine *"versteckte Musikfinanzierung"* und moniert, dass keine Ausgaben für das Turnen und *"das gesunde Leben"* ersichtlich seien. Jeder andere Gemeindeverein habe auch Anrecht auf Unterstützung.

Verbunden mit dem Hinweis, dass mittels einer grosszügigen Unterstützung des Sportzentrums Glarner Unterland (sgu) sportliche Aktivitäten sehr wohl unterstützt würden, leitet der Vorsitzende die von Paul Bruhin gestellten Fragen zur Beantwortung an den Schulratspräsidenten weiter.

Gemeinderat und Schulratspräsident Ernst Morger weist darauf hin, dass früher viele Kinder beispielsweise im Rahmen von Flötenunterricht Sammelstunden besucht hätten und dadurch die Musikschulkosten pro Schüler geringer waren. Neu sei aufgrund der Instrumentenwahl (beispielsweise Gitarre oder Keyboard) die Anzahl von dreis-

sigminütigen Einzellektionen gestiegen. Obschon für Einzellektionen ein höherer Elternbeitrag erhoben werde, schlugen die Lehrerkosten pro Schüler wesentlich höher zu Buche. Von einer verdeckten Finanzierung eines Musikvereins könne keine Rede sei. Hinzuzufügen sei im weiteren, dass Schüler nach Absolvierung der Musikschule ihr jeweiliges Instrument auch wirklich gut spielen könnten. Turnen sei im Lehrplan inbegriffen und darüber hinaus werde einiges unternommen, dass die Bewegung der Schüler nicht zu kurz käme. Ebenso erwähnt Gemeinderat und Schulratspräsident Ernst Morger die Kosten für das Sportzentrum Glarner Unterland (sgu). Alles in allem rate er der Versammlung, den Budgetposten unverändert zu genehmigen.

Paul Bruhin ruft dazu auf, auch andere Vereine, welche für das Gemeinwohl tätig sind, zu unterstützen - beispielsweise den Samariterverein. Insbesondere sollen die Schüler dazu motiviert werden, sich auch ausserhalb der Musik in den Vereinen zu engagieren.

Gemeinderat Herbert Küng, zuständig für das Ressort "Kultur, Vereine, Brauchtum, Freizeit, Sport" stellt klar, dass die Politische Gemeinde Schänis die ortsansässigen Vereine im Vergleich mit den umliegenden Gemeinden sehr grosszügig unterstütze. Dies gelte ebenso für den FC Weesen, da dort viele Schänner Kinder engagiert seien. Ebenso erhielten die Vereine einen besonderen Beitrag, wenn sie an einem eidgenössischen Wettkampf teilnehmen. Im Budget pro 2010 seien zudem Fr. 20'000.00 als Beitrag an den Tennisclub für den Bau eines Clubhauses eingestellt. Wohl erhalte auch die Musikgesellschaft jährlich einen namhaften Beitrag, jedoch werde dieser über das Kultur- und nicht über das Schulbudget abgerechnet. Die Aussage Paul Bruhins, wonach sich die Gemeinde zuwenig für Vereine einsetze, treffe in keiner Art und Weise zu. Offenbar liege ein Missverständnis vor. Gemeinderat Herbert Küng bemerkt abschliessend, dass viele anwesende, in Vereinen engagierte Personen seine Ausführungen bestätigen könnten.

Paul Bruhin bedankt sich für die Antwort und fügt hinzu: *"So kann man es auch anschauen und wenn dies so ist, finde ich das positiv."*

Oskar Gmür-Steiner, Lindeli 1361, bezieht sich auf das Konto 041 "Bauverwaltung". Der Vorsitzende habe erwähnt, es werde neu eine Kautio von Fr. 2'000.00 einverlangt, aber soviel ihm das ganze Jahr über zu Ohren komme *"befriedige die Person, welche dort die Hauptfunktion innehatte irgendwie in einer Art und Weise nicht ganz."* Der Votant würde gerne einmal etwas Positives hören, erfahre aber leider nur immer Negatives. Böse Zungen hätten sogar gesagt, dass diese Person unter Umständen schuld daran sein könnte, dass es so lange dauerte mit der Bachesanierung. Es frage sich, ob diese Person überfordert oder sogar untauglich sei. *"Um dies in den Griff zu bekommen"*, müssten noch andere Massnahmen ergriffen werden. Oskar Gmür erkundigt sich danach, welche Massnahmen der Gemeinderat vorsehe.

Gemeindepräsident Erich Jud erwähnt vorab, dass das Bauamt keinen Einfluss auf den Zeitplan der Bachesanierung habe. Davon ausgehend, dass Oskar Gmür seine Ausführungen auf Bausekretär Jost Mächler beziehe, hält der Vorsitzende fest, dass

es sich bei Jost Mächler um einen sehr pflichtbewussten Mitarbeiter und einen guten Ingenieur handle, welcher über eine sehr grosse Berufserfahrung verfüge. Tatsächlich sei Bausekretär Jost Mächler manchmal überlastet, woran aber nicht er persönlich, sondern vielmehr die Organisation als Ganzes schuld sei. Darum habe es der Gemeinderat für das Amtsjahr 2010 zu seinem klaren Ziel erklärt, die Organisation des Bauamtes zu überdenken.

Paul Bruhin, Solenberg Maseltrangen 82, bedankt sich bei den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern der Politischen Gemeinde Schänis für die Bereitschaft, Fr. 130'000.00 in die Solenbergstrasse zu investieren, jedoch sei die Situation lediglich verschlimmbessert worden. Er erkundigt sich beim Gemeinderat, was dieser zu unternehmen gedenke, dieses Strassenstück wintertauglich zu machen.

Der Vorsitzende verweist Paul Bruhin auf das Traktandum "allgemeine Umfrage", unter welchem der Solenberg ohnehin ein Thema sein werde.

Paul Bruhin meldet sich erneut zu Wort und bemerkt mit Hinweis auf das vorliegende Investitionsprogramm, es sei an der letzten Bürgerversammlung davon gesprochen worden, die Gemeinde habe mit der Sanierung des Solenberges Kosten in der Höhe von einer Million und mehr zu tragen. Man habe mittlerweile Fr. 130'000.00 investiert, aber dasselbe Strassenstück werde nochmals soviel kosten, wenn man dieses denn anständig sanieren möchte. Der Sprechende erkundigt sich danach, wieso die Aufwendungen für die Solenbergsanierung nicht für mindestens die nächsten fünf Jahre mit mindestens Fr. 80'000.00 pro Jahr in das Investitionsprogramm aufgenommen werden.

Gemeindepräsident Erich Jud nimmt dies als möglichen Antrag entgegen, wonach in die Investitionsrechnung pro 2010 der Betrag von Fr. 80'000.00 für die Sanierung der Solenbergstrasse oder des Solenberges allgemein aufzunehmen sei; dies verbunden mit dem Hinweis an den Antragsteller, er müsse seinen Antrag dahingehend präzisieren, als dass er sich auch zur Finanzierung dieses Aufwandpostens zu äussern habe. Grundsätzlich müsste man um eineinhalb bis zwei Prozente die Steuern erhöhen, um diesen Posten finanzieren zu können. Es gehe nicht an, irgendwelche Forderungen zu stellen, ohne über deren Finanzierung Auskunft zu geben.

Paul Bruhin schlägt vor, aus dem Gesamtbudget für den Verkehr Fr. 80'000.00 für den Solenberg zu bestimmen, zuzüglich mögliche, durch den Gemeinderat bestimmbare Zusatzzahlungen. Der Gemeinderat müsse sich im klaren darüber sein, "*der Solenberg werde kommen*." Er habe heute jene Stelle, die er seit letzten November mit Bausekretär Jost Mächler begutachten möchte, inspiziert. Das Wasser sei dort wieder über die Strasse gelaufen. Und talseits rutsche die Strasse. Dies seien die Gründe für seinen Antrag. Jedoch könne die Diskussion verkürzt werden, wenn der Gemeinderat "*die Gnade hätte*", mit den Reklamanten eine Begehung im Solenberg zu unternehmen - und zwar ohne Apéro. Werde gratis ein Apéro offeriert, komme Jedermann; dann sei Jedermann am verhungern und verdursten.

Gemeindepräsident Erich Jud gibt bekannt, dass er gerne unter dem Traktandum "allgemeine Umfrage" auf den Solenberg zu sprechen komme. Jedoch sei bereits an dieser Stelle festzuhalten, dass rund Fr. 140'000.00 für die Solenbergstrasse und einige Zehntausend Franken im Zusammenhang mit der Eingliederung der Wasserversorgung Solenberg in die zu gründende Wasserkorporation Schänis ausgegeben worden seien. Überdies sei ein Ingenieurbüro beauftragt, die angeblich kritischen Punkte im Solenberg zu beurteilen. Der Solenberg werde gleichbehandelt wie alle anderen Quartiere. Es gelte insbesondere im Bereich Strassen die anstehenden Arbeiten zu priorisieren. Dazu stütze sich der Gemeinderat auf das nach Vorgaben des Kantons erstellte Strassensanierungsprogramm ab. Sei ein Problem als gravierend zu taxieren, sei die Gemeinde selbstverständlich in der Pflicht, entsprechend zu handeln.

Paul Bruhin erklärt, er warte auf die "allgemeine Umfrage" und werde sich dann mit Sicherheit nochmals melden.

Oskar Gmür-Steiner, Lindeli 1361, verweist auf die Position "Werkführer, Ferienguthaben" im Rückstellungsspiegel auf Seite 65 des Amtsberichtes. Leider höre er zur Person des Werkmeisters nie *"positive Sachen"*. Und zwar sei ihm zugetragen worden, dass der Werkmeister sein Dienstfahrzeug zuviel für private Zwecke nutze, unnötige Fahrten unternehme und *"die Arbeit zuwenig sieht"*. Dies sei aber immer relativ, denn es schneie in ganz Schänis und schneezuräumen gelte es überall. Eine Weile lang sei kein Streusalz mehr vorhanden gewesen. Vielleicht hätte der Werkmeister dann andere Massnahmen ergreifen sollen. Der Votant erachte es als schade, einen solchen Negativpunkt ansprechen zu müssen. Ihn würde es freuen, einmal etwas Positives zu hören. Er fragt den Gemeinderat an, wie der Werkmeister seine Überstunden abbauen soll, so dass *"die Arbeit aber auch in Zukunft gemacht wird"* und was der Gemeinderat diesbezüglich unternehme.

Nach Informationen von Gemeindepräsident Erich Jud wird insbesondere was den Winterdienst betreffe, eine gemeinderätliche Delegation zusammen mit Werkmeister Roman Jud nach Optimierungsmöglichkeiten suchen. Beim Winterdienst handle es sich um einen immer umstrittenen Punkt. Dies sei wohl die Erklärung dafür, dass er in den letzten sechzehn Jahren noch nie etwas Ruhmreiches über die Schneeräumung gehört habe, wenn es jeweils das erste Mal schneie. Dies sei jedoch nicht nur in Schänis so. Die einen sagen, es werde zuwenig gesalzen, währenddem die anderen der Meinung sind, es werde zuviel gesalzen. *"Zuwenig Splitt, zuviel Splitt. Zuvielen Schneepflugfahrten, zuwenig Schneepflugfahrten."* Der Vorsitzende hoffe daher auf ein gewisses Verständnis.

Sich erneut zu Wort meldend, nimmt Oskar Gmür Bezug auf Position 340 "Sport" auf Seite 51 des Amtsberichtes und erkundigt sich nach den Gesamtkosten des Clubhauses für den Tennisclub und ob ein entsprechendes Bedürfnis wirklich ausgewiesen sei.

Der Vorsitzende klärt auf, dass es auch hier darauf ankomme, wie man zum Sport und insbesondere zum Tennissport stehe. Der Gemeinderat sei der Meinung gewesen, es komme nicht auf die Sportart an. Beispielsweise erhalte der FC Weesen jährlich Fr. 15'000.00. Die Unterstützung jeder Sportart sei sinnvoll, es handle sich hierbei bestimmt um gut angelegtes Geld.

Gemeinderat Herbert Küng führt aus, der Tennisclub sei mit einem Beitragsgesuch für das Clubhaus an den Gemeinderat gelangt. Im Moment zeichne sich dahingehend eine schwierige Situation ab, als dass überhaupt ein für den Bau des Clubhauses geeigneter Standort gefunden werden könne. Es sei daher seiner Beurteilung nach fraglich, ob das Clubhaus auch tatsächlich im laufenden Jahr realisiert werden könne. Auf Ersuchen des Tennisclubs hin, werde der Votant zusammen mit Clubverantwortlichen alternative mögliche Standorte für Spielfelder und Clubhaus prüfen, da sich am heutigen Standort offenbar keine Lösung zeige. Solange der Standort des Clubhauses unklar sei, würden Aussagen über die Gesamtkosten wenig Sinn machen.

Oskar Gmür zeigt sich mit dieser Antwort unzufrieden und stellt einen Antrag auf Rückweisung dieses Budgetpostens. Auch er sei zwar wie der Gemeindepräsident ein absoluter Befürworter des Sports, doch handle es sich hier um "*eine fadenscheinige Sache*". Er habe am heutigen Standort des Tennisclubs einen Augenschein genommen und mit Herrn Grob gesprochen, welcher gemäss Votant dem Tennisclub die gesamte Infrastruktur nicht ganz gratis, aber Essen und Trinken zum Selbstkostenpreis zur Verfügung stelle. Grob setze im Witöfeli ca. eine Million Franken um mit "*Nicht-Schännern*" und das Restaurant sei immer offen. Und wie der Votant gesehen habe, verfüge der Tennisclub über einen offenen Unterstand und könne nur bei schönem Wetter spielen, weil auch der Platz offen sei. Für eine neue Lösung sei er selbstverständlich offen, jedoch fordert Oskar Gmür zuerst einen klaren Kostenverteiler und einen Antrag, dann könne auch er bestimmt ja dazu sagen.

Gemeindepräsident Erich Jud informiert darüber, dass der Gemeinderat beim Budgetieren im November 2009 davon ausgegangen sei, dass eine Lösung für den Tennisclub gefunden werden könne. Zwischenzeitlich sei - wie dies auch Gemeinderat Herbert Küng erwähnt habe - davon auszugehen, dass im laufenden Jahr kein Neubau möglich und damit eine Streichung dieses Budgetpostens für das Jahr 2010 durchaus machbar sei. Auch der Tennisclub hätte mit einer Streichung keine Mühe. Jedoch würde der Betrag voraussichtlich in das Budget pro 2011 wieder aufgenommen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen zu verzeichnen sind, nimmt der Vorsitzende die Abstimmung über den den Beitrag in der Höhe von Fr. 20'000.00 für den Bau eines Clubhauses für den Tennisclub betreffenden Rückweisungsantrag von Oskar Gmür vor.

Nach einer ersten Abstimmung erkundigt sich Gemeindepräsident Erich Jud bei den Stimmzählern danach, ob diese auch wie er der Meinung seien, dass sich eine Mehrheit dafür ausgesprochen habe, den Beitrag von Fr. 20'000.00 im Budget zu belassen. Nachdem die Stimmzähler die Frage des Vorsitzenden mit ja beantwort-

teten, verlangt Oskar Gmür die Auszählung der Stimmen; dies damit ein klares Resultat ermittelt werden könne.

In einer erneuten Abstimmung wird der Rückweisungsantrag von Oskar Gmür mit 103 zu 36 Stimmen abgewiesen.

Es folgt die Schlussabstimmung über den zweiten Antrag der Geschäftsprüfungskommission:

Die Anträge des Rates über Voranschlag und Steuerfuss für das Rechnungsjahr 2010 seien zu genehmigen.

Dem Antrag wird ohne Gegenstimme entsprochen.

Die Bürgerschaft kann seitens des Vorsitzenden den Dank für ihr Vertrauen entgegennehmen. Der Gemeinderat werde bestrebt sein, jeden heute bewilligten Franken zum Wohle aller einzusetzen.

Zudem ist es Gemeindepräsident Erich Jud an dieser Stelle ein Bedürfnis, der Geschäftsprüfungskommission, allen Mitgliedern des Gemeinderates sowie den Angestellten und Mitarbeitern der Gemeinde zu danken. Er sei überzeugt davon, dass auch im laufenden Jahr wieder alle Aufgaben in gutem Einvernehmen gelöst werden können.

3. Integration der Wasserversorgung Solenberg in die neu zu gründende Wasserkorporation Schänis

Gutachten und Antrag finden sich auf den Seiten 80 bis 85 des Amtsberichtes.

Ohne gegenteilige Aufforderung geht der Vorsitzende davon aus, dass Nichtbelesen des Gutachtens gewünscht wird. Er ergänzt die im Gutachten festgehaltenen Informationen wie folgt:

"Ich wäre verwundert, wenn an dieser Versammlung die Integration der Wasserversorgung Solenberg in die zu gründende Wasserkorporation Schänis grosse Wellen werfen würde. Denn die Übernahme der Wasserversorgung Solenberg durch die Gemeinde erfolgte nicht ganz freiwillig. Wasserversorgungen müssen sich selber finanzieren, d. h. in der Regel werden für die Versorgung der Bevölkerung mit Wasser keine Steuergelder aufgewendet. Die vorgegebene Selbstfinanzierung der Versorgung mit Wasser hat dazu geführt, dass die Wasserbezüger der kleinen Wasserversorgung Solenberg für das Wasser mindestens das Doppelte der übrigen Wasserbezüger der Gemeinde bezahlen mussten. Diesen ungerechten Zustand eliminieren zu können, liegt sicher im Interesse der gesamten Bürgerschaft. Die Integration der Wasserversorgung Solenberg in die zu gründende Wasserversorgung Schänis verfolgt auch einen ökologischen Gedanken. Das Wasser soll in Zukunft nicht mehr

via Maseltrangen zum Solenberg gepumpt werden, sondern vom Zimmerwiesli nach unten zum Solenberg fliessen.

Im Gutachten ist am Schluss erwähnt, dass die Vereinbarung zur Vorprüfung beim zuständigen Departement ist. Diese Vorprüfung hat folgende Änderungen ergeben:

Art. 4 (alt): In der Gemeinde beschliesst die Bürgerschaft über diese Vereinbarung.

Art. 4 (neu): In der Gemeinde beschliesst die Bürgerschaft über diese Vereinbarung. In der Wasserkorporation Schänis untersteht diese Vereinbarung dem fakultativen Referendum.

Art. 5 (alt): Diese Vereinbarung wird mit der Genehmigung durch die Stimmberechtigten der Wasserkorporation Schänis und der unter Art. 2 erwähnten Gemeinden rechtsgültig. Vorbehalten bleibt die Zustimmung durch das zuständige Departement.

Art. 5 (neu): Diese Vereinbarung wird mit der Annahme durch die Politische Gemeinde Schänis und der Wasserkorporation Schänis rechtsgültig.

Grund für die Änderung von Art. 4: Die Vereinbarung wird von der Wasserkorporation Schänis erst dem fakultativen Referendum unterstellt, wenn diese gegründet ist, d. h. die übrigen Gemeinden und Korporationen zugestimmt haben.

Grund für die Änderung von Art. 5: Gemäss neuem Gemeindegesetz, muss die Vereinbarung nicht mehr vom zuständigen Departement genehmigt werden."

Der Vorsitzende stellt zudem die Absichtserklärung der heute bestehenden fünf Wasserversorgungen kurz vor.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt der Bürgerversammlung, der Übertragung der Wasserversorgung Solenberg mit allen Rechten, Pflichten, Aktiven und Passiven auf die neu zu gründende Wasserkorporation Schänis gemäss der Vereinbarung im Anhang zuzustimmen.

Die Versammlung stimmt dem Antrag diskussionslos und ohne Gegenstimme zu.

Gemeindepräsident Erich Jud bedankt sich an dieser Stelle einerseits bei der Bürgerschaft für die Zustimmung zum gemeinderätlichen Antrag, andererseits aber auch bei Roger Büsser, Präsident der Ortsgemeinde und der Wasserversorgung Schänis, der als Vorsitzender der Projektgruppe grosse Arbeit geleistet habe.

Roger Büsser-Strassmann, Oberbirgstrasse 1, gibt den Dank gerne an die Stimmberechtigten der einzelnen Wasserversorgungen zurück. Er hebt hervor, dass es sich

beim vorliegenden Projekt wohl um eine einmalige Chance handle und mit der Umsetzung desselben eine Verbesserung für die Wasserversorgung in der gesamten Politischen Gemeinde Schänis erreicht werden könne.

4. Kreditbegehren für eine Erweiterung der Abwasserzufluss-Steuerung

Gutachten und Antrag finden sich auf den Seiten 86 bis 88 des Amtsberichtes.

Ohne gegenteilige Aufforderung geht der Vorsitzende davon aus, dass Nichtbelesen des Gutachtens gewünscht wird. Er ergänzt die im Gutachten festgehaltenen Informationen wie folgt:

"Seit jeher seien von den Ausläufen der Regenbecken gewisse unappetitliche Rückstände aus der Schmutzwasserkanalisation feststellbar, schreibt die Linthebene-Melioration unter anderem.

Es ist ganz normal, dass überschüssiges Wasser bei extremen Wettersituationen in einen Vorfluter entlastet wird. Denn es ist unmöglich, dass bei Hochwasser alles Wasser, welches einmal in die Kanalisationsysteme gelangt ist, in einer ARA entsorgt wird. Damit aber ein Überlaufen der Kanalisation nicht allzu oft vorkommt, gibt es Regenbecken und Fangkanäle, in denen das Wasser bis zu einem bestimmten Punkt zurückgehalten und später dosiert abgegeben wird.

Der Ausbau der Steuerung soll nun bewirken, dass das zu entlastende Wasser einen möglichst kleinen negativen Einfluss auf die betroffenen Vorfluter hat.

Wenn nun nicht ganz sauberes Abwasser in einen Vorfluter kommt, soll wenigstens vermieden werden, dass zu viele Feststoffe mitgeschwemmt werden. Darum soll beim Überlauf vor dem Regenbecken 'Fuchswinkel' eine Siebanlage gebaut werden.

Zudem sind noch ein paar weitere Verbesserungen und Erneuerungen notwendig, wie diese im Gutachten ausführlich beschrieben sind."

Der Vorsitzende eröffnet die Diskussion zu Traktandum vier.

Oskar Gmür-Steiner, Lindeli 1361, erkundigt sich danach, ob der Fangkanal Fuchswinkel, das Regenbecken Bitzi, das Regenbecken Bärenwisli und die Regenwasser-siebanlage Fuchswinkel in die Kanalisation geleitet sind. Wenn dem so wäre, erkundigt sich der Votant nach Möglichkeiten, das anfallende Wasser in die öffentlichen Gewässer zu leiten.

Nach Möglichkeit werde Sauberwasser immer in Vorfluter oder in Bäche geleitet, so Gemeindepräsident Erich Jud in seiner Antwort. Es sei wenig sinnvoll, nicht verdreck-

tes Abwasser dreckig zu machen und dieses nachher wieder zu reinigen. Hingegen käme es vor, dass sich sauberes und dreckiges Abwasser infolge hohen Anfalls vermische, da nicht flächendeckend ein Trennsystem vorhanden sei.

Oskar Gmür frage sich demnach, ob sich beim Fangkanal Fuchswinkel, beim Regenbecken Bitzi, beim Regenbecken Bärenwisli und bei der Regenwassersiebanlage Fuchswinkel nicht ein Trennsystem lohnen würde.

Der Vorsitzende erklärt, dass es sich seit der generellen Entwässerungsplanung (GEP) bei der Prüfung von Möglichkeiten zur Verminderung des der Abwasserreinigungsanlage zugeführten Sauberwassers um eine dauernde Aufgabe handle.

Oskar Gmür hält zuhanden der Bürgerschaft fest, dass uns alles Wasser, welches der Abwasserreinigungsanlage Glarnerland in Bilten zugeführt werde, als Abwasser verrechnet werde, was sehr teuer sei. Er ruft daher dazu auf, möglichst viel Meteorwasser in die öffentlichen Gewässer zu leiten.

Der Vorsitzende korrigiert Oskar Gmür dahingehend, als dass weitherum keine Gemeinde zu finden sei, in der das Abwasser günstiger verrechnet werde als in Schänis. So habe man in Reichenburg beispielsweise Fr. 2.85 pro m³ verbrauchter Frischwassermenge und in Schänis lediglich Fr. 1.00 zu bezahlen.

Da keine weiteren Wortmeldungen zu verzeichnen sind, folgt die Abstimmung über den

Antrag

Der Gemeinderat sei beauftragt und ermächtigt, die Abwasserzufluss-Steuerung gemäss den vorstehenden Ausführungen zu erweitern. Dafür wird ein Kredit von insgesamt 500'000 Franken gesprochen (inklusive Reserve für Unvorhergesehenes).

Dem Antrag wird ohne Gegenstimme entsprochen.

5. Einbürgerungen

Ergänzend zu den Ausführungen und Gutachten auf den Seiten 89 bis 93 des Amtsberichtes, wendet sich Gemeindepräsident Erich Jud mit nachstehenden Worten an die Bürgerversammlung:

"Festgestellt werden darf, dass auch dieses Jahr die Anzahl der Einbürgerungsgesuche eher rückläufig ist.

Um Schweizerbürger zu werden, bedarf es bestimmter Voraussetzungen; zuerst einmal müssen bestimmte Fristen erfüllt sein. Sodann sind die einzelnen Gesuche vom Einbürgerungsrat auf folgende Kriterien hin zu prüfen:

- *Eingliederung in die schweizerischen Verhältnisse*
- *Vertraut sein mit den schweizerischen Lebensgewohnheiten, Sitten und Gebräuchen*
- *Beachten der schweizerischen Rechtsordnung*
- *Nichtgefährdung der inneren oder äusseren Sicherheit der Schweiz*

Die Einbürgerungsräte freuen sich, Ihnen heute Gesuche von Menschen vorlegen zu dürfen, welche die obgenannten Kriterien erfüllen. Die Gesuchsteller würden sich freuen, wenn sie als Bürgerinnen und Bürger in unsere Gemeinschaft aufgenommen würden.

Ich darf erwähnen, dass alle Beschlüsse der Einbürgerungsräte einstimmig zustande gekommen sind.

Bei den heute um das Bürgerrecht Nachsuchenden handelt es sich ausnahmslos um Personen, die nicht im Strafregister verzeichnet sind und keine Schulden und die Steuern bezahlt haben. Es sind Menschen, die mit uns und bei uns arbeiten und leben wollen."

Mit dem Hinweis, dass über jedes Gesuch einzeln abgestimmt und demzufolge über jedes Gesuch einzeln diskutiert und demokratisch befunden werden könne, eröffnet Gemeindepräsident Erich Jud die allgemeine Diskussion zu Traktandum fünf.

Da keine Wortmeldungen zu verzeichnen sind, gelangen die einzelnen Gesuche zur Behandlung.

a. Einbürgerung von Zeqirja und Fetnete Jakupi-Hasani

Antrag des Einbürgerungsrates Schänis an die Bürgerschaft

Dem Einbürgerungsgesuch von

- **Jakupi, Zeqirja**, Staatsangehöriger der Republik Kosovo, geb. 03.09.1966, verheiratet, whft. Hof 1, 8718 Schänis, in die Einbürgerung miteinbezogene Ehefrau:
- **Jakupi-Hasani, Fetnete**, geb. 09.12.1971

sei zuzustimmen.

Dem Antrag des Einbürgerungsrates wird diskussionslos und ohne Gegenstimme entsprochen:

Die Bürgerschaft stimmt der Einbürgerung von Zeqirja und Fetnete Jakupi-Hasani in Schänis SG zu.

b. Einbürgerung von Agim und Lumnije Zeqiri-Morina

Antrag des Einbürgerungsrates Schänis an die Bürgerschaft

Dem Einbürgerungsgesuch von

- **Zeqiri, Agim**, Staatsangehöriger der Republik Kosovo, geb. 10.01.1961, verheiratet, whft. Escherstr. 57, 8718 Schänis, in die Einbürgerung miteinbezogene Ehefrau:
- **Zeqiri-Morina, Lumnije**, geb. 05.07.1962

sei zuzustimmen.

Dem Antrag des Einbürgerungsrates wird diskussionslos mit wenigen Gegenstimmen entsprochen:

Die Bürgerschaft stimmt der Einbürgerung von Agim und Lumnije Zeqiri-Morina in Schänis SG zu.

c. Einbürgerung von Naim Zeqiri

Antrag des Einbürgerungsrates Schänis an die Bürgerschaft

Dem Einbürgerungsgesuch von

- **Zeqiri, Naim**, Staatsangehöriger der Republik Kosovo, geb. 08.07.1983, ledig, whft. Escherstr. 57, 8718 Schänis

sei zuzustimmen.

Dem Antrag des Einbürgerungsrates wird diskussionslos mit wenigen Gegenstimmen entsprochen:

Die Bürgerschaft stimmt der Einbürgerung von Naim Zeqiri in Schänis SG zu.

d. Einbürgerung von Akil Krasniqi

Antrag des Einbürgerungsrates Schänis an die Bürgerschaft

Dem Einbürgerungsgesuch von

- **Krasniqi, Akil**, Staatsangehöriger der Republik Kosovo, geb. 22.08.1983, ledig, whft. Grossstein 6, 8718 Schänis

sei zuzustimmen.

Dem Antrag des Einbürgerungsrates wird diskussionslos mit wenigen Gegenstimmen entsprochen:

Die Bürgerschaft stimmt der Einbürgerung von Akil Krasniqi in Schänis SG zu.

e. Einbürgerung von Gordana Jevtic-Markovic mit Kindern

Antrag des Einbürgerungsrates Maseltrangen an die Bürgerschaft

Dem Einbürgerungsgesuch von

- **Jevtic-Markovic, Gordana**, Staatsangehörige der Republik Serbien, geb. 27.03.1973, verheiratet, whft. Ziegelhof 5, 8718 Schänis, in die Einbürgerung mit-einbezogenen Kinder:
- **Jevtic, Sergej**, geb. 01.12.2002
- **Jevtic, Teodora**, geb. 28.10.2006

sei zuzustimmen.

Dem Antrag des Einbürgerungsrates wird diskussionslos mit wenigen Gegenstimmen entsprochen:

Die Bürgerschaft stimmt der Einbürgerung von Gordana Jevtic-Markovic mit den Kindern Sergej und Teodora in Schänis-Maseltrangen SG zu.

Gemeindepräsident Erich Jud wünscht den zukünftigen Schweizerinnen und Schweizern alles Gute und hofft, dass diese Menschen starke Glieder in einer gemeinsamen Kette werden.

6. Allgemeine Umfrage

Gemeindepräsident Erich Jud berichtet der Versammlung von einem Brief vom 13. März 2010, welchen den Gemeinderat erreichte. Darin werde ein eigentlich von grossem Ideenreichtum zeugendes, aber rechtlich unmögliches Begehren an den Gemeinderat gestellt, nämlich die Einführung einer "BUK", d. h. einer Bürger-Untersuchungskommission für das Quartier Solenberg. Mitglieder dieser Kommission wären der Antragsteller sowie zwei weitere Bewohner des Solenberges. Als Rechtsgrundlage werde Folgendes angegeben: *Auf Gemeindeebene wird die "BUK" mittels Antrag an die Gemeindeversammlung durch die Bevölkerung angenommen.*

Der Versammlungsleiter erläutert einerseits die Organe der politischen Gemeinde (Bürgerversammlung, Gemeinderat, Geschäftsprüfungskommission) und verweist auf die Bestimmungen des Gemeindegesetzes zur allgemeinen Umfrage:

Nach Erledigung der angekündigten Geschäfte wird die allgemeine Umfrage eröffnet. Dabei können Fragen von allgemeiner Bedeutung über einen Gegenstand aus dem Aufgabenbereich der Gemeinde gestellt werden. Der Rat beantwortet diese Fragen mündlich oder schriftlich bis spätestens an der nächsten Bürgerversammlung. Werden Anträge gestellt, deren Behandlung in die Zuständigkeit der Bürgerschaft fällt, können sie beraten, zur Begutachtung und Ausarbeitung eines Beschlussentwurfs an den Rat gewiesen oder verworfen werden. Über rechtswidrige Anträge wird nicht abgestimmt.

Wie bereits unter Traktandum zwei angesprochen, wisse der Gemeinderat, dass es im Gebiet Solenberg kleinere Unzulänglichkeiten gebe, die nicht alle miteinander, aber Schritt um Schritt beseitigt würden. So habe die Bürgerschaft im Jahre 2009 einen Kredit ausserhalb des Budgets von Fr. 140'000.00 für die Verbesserung der Strasse gesprochen. Zudem sei die Einheits-Wasserversorgung auf gutem Wege, was die Bewohner des Solenberges ebenfalls entlaste. Auch im Solenberg könne nicht alles auf einmal erledigt werden.

Michael Balmer-Suter, Solenberg Maseltrangen 25, erwähnt vorab, dass es bei seinem Antrag nicht um eine Investition, sondern um die Erfassung des Status quo im Solenberg gehe. Sein Ziel sei, über die Substanz des Solenberges betreffende Aussagen zu verfügen. Die von ihm beantragte "BUK" bezwecke nichts anderes, als diese Abklärungen voranzutreiben. Der Votant verliest folgenden Text:

"Sehr geehrte Schänner und Schännerinnen

Überbauungspläne und Reglemente sind die Grundlage einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung. Seit mindestens 1964 sieht dies der Kanton St. Gallen vor. Alle Bürger müssen sich danach richten. Ich versuche nun seit drei Jahren Einblick in diese Überbauungspläne und Reglemente zu erhalten. Mittels eingeschriebener Post selbstverständlich. Doch verwehrt der Gemeinderat die Einsichtnahme. Sehr geehrte Schänner und Schännerinnen, da wird dem Bürger eindeutig zuviel zugemutet. Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Gemeinderat, wie soll ich mich Ihrer Ansicht nach an etwas halten, das a) nicht bekannt ist und b) nicht bekanntgegeben wird?"

Gemeindepräsident Erich Jud weist Michael Balmer darauf hin, dass ihm der Gemeinderat schriftlich mitteilte, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit das eine oder andere Dokument eingesehen werden könne. Die Handlungsweise des Gemeinderates stütze sich auf Empfehlungen des Baudepartementes und sei infolge einer Anzeige von Michael Balmer sowohl von der Anklagekammer des Kantons St. Gallen wie auch von der Geschäftsprüfungskommission der Politischen Gemeinde Schänis als richtig beurteilt worden. Der Vorsitzende projiziert den Entscheid der Anklagekammer wie auch das Schreiben der Geschäftsprüfungskommission auf die Leinwand.

Michael Balmer erachtet den Verweis des Vorsitzenden auf den Entscheid der Anklagekammer als unsachlich. Es handle sich dabei um einen Entscheid eines nicht zuständigen Gerichtes. Und das zweite sei, dass sich die Geschäftsprüfungskommission diesbezüglich nicht verantwortlich fühle. Dies sei ein Zustand, über den man bestimmt diskutieren könne. Er nehme dies so zur Kenntnis. Jedoch möchte er nochmals sagen, dass ein Teilzonenplan öffentlich sei. Und wenn einem drei Jahre lang keine Einsicht gewährt werde, sei dies bestimmt nicht zumutbar dem Bürger gegenüber. Man sehe den Teilzonenplan im Internet, aber nur den heutigen. *"Wir haben aber Fragen insbesondere zum Teilzonenplan von 1976."* Und dieser sei im Internet nicht ersichtlich. Mit dem Hinweis, nun wolle er noch weitererzählen, verliert Michael Balmer nachstehenden Text:

"Ich bin der Ansicht, dass genau aus diesem Mangel an Transparenz in der Vergangenheit das Quartier Solenberg in Bezug auf die Erschliessung zweifelhaft erstellt wurde. Angezweifelt werden folgende Punkte:

- *öffentliche Strassenführung auf privatem Grund*
- *Strassenbeleuchtung*
- *Qualität der Strasse"*

Bei den Strassen hätten wir *"Flick um Flick und Flick um Flick"*; dies koste jedesmal viel Geld, da die Baumaschinen immer wieder an- und abgeführt werden müssten. Wenn man teuer bauen wolle, so baue man wie bis anhin. Billiger wäre einmal, aber richtig. Im weiteren würden Wendepunkte für den Schneepflug, den Salzwagen und die Abfuhr fehlen. Auch dies verteuere den Unterhalt. Im weiteren moniert der Votant, dass die alte Strasse noch nicht rückgebaut sei. Es befinde sich immer noch ein Stück der alten Strasse im Wald. Der Unterhalt der Strasse sei mangelhaft, ebenso die Kofferung. Im Winter entstünden Frostbeulen, welche die Strasse gut und gerne um zehn Zentimeter anheben würden. Dies bedeute, dass der Schneepflug über diese Beulen fahre und so den Asphalt beschädige. Ebenso bemängelt Michael Balmer die Neigung der Strasse. Vor einer Woche seien bei starkem Schneefall *"zehn Autos das Loch ab"*. Auch hier könne man die Kosten verlagern zu den Haftpflicht- und Kaskoversicherungen, welche dies jedes Jahr sehr geduldig zahlen würden. Man könnte sich aber auch überlegen, ob man nicht einmal *"eine rechte Strasse machen wolle"*.

Überdies bestehe im Solenberg ein Problem mit dem Hauskehricht und mit der Abfuhr. Am Donnerstagmorgen befinde sich ein *"Riesen-Abfall-Kehricht"* direkt im Dorf vor dem Haus. Dies sei nach Meinung des Sprechenden *"gruselig"*. Er möchte gerne

darüber einmal reden. Mit dem Hinweis, es seien noch weitere Punkte vorhanden, verliert Michael Balmer erneut einen Text:

"Diese meiner Meinung nach entstandene Fehlentwicklung belastet den finanziellen Unterhalt, der nun der Allgemeinheit zugemutet wird und eigentlich den damalig Beteiligten hätte belastet werden müssen. Ich will nun mit zwei bis drei Solenberglern und Vertreter der Ortsparteien eine gesellschaftlich breit abgestützte Bürgerkommission zusammensetzen."

Meinrad Gätzi-Meier, Faad 20, sei sich bewusst, dass im Solenberg seinerzeit nicht alles perfekt ausgeführt wurde, aber es könne doch nicht sein, dass sich die Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer nun diese ganze Litanei anhören müssen. Er stelle darum einen Ordnungsantrag auf Schluss der Diskussion, so dass der Gemeindepräsident die Versammlung weiterführen könne.

In der darauffolgenden Abstimmung wird dem Ordnungsantrag ohne Gegenstimme entsprochen.

Der Vorsitzende fragt die Versammlung an, ob sich noch jemand zu einem anderen Thema äussern wolle.

Paul Bruhin, Solenberg Maseltrangen 82, meldet sich zu Wort, worauf ihm der Vorsitzende mitteilt, sein Votum dürfe sich aber nicht um den Solenberg handeln, da die Versammlung soeben beschlossen habe, die Diskussion zu dieser Thematik abubrechen. Nichtsdestotrotz fragt Paul Bruhin den Gemeinderat an, ob dieser bereit sei, den Solenberg aufzusuchen und diesen mit allen Bürgern zu begutachten.

Gemeindepräsident Erich Jud weist darauf hin, dass er den von der Bürgerschaft gutgeheissenen Ordnungsantrag durchzusetzen habe. Die Diskussion zum Thema "Solenberg" sei geschlossen. Selbstverständlich aber sei der Gemeinderat zu einer Begehung des Solenberges bereit.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Gemeindepräsident Erich Jud schliesst die Bürgerversammlung mit einem Zitat des irischen Schriftstellers Georg Bernard Shaw:

"Der rastlose Mensch von heute hat tagsüber keine Zeit, sich Sorgen zu machen. Und abends ist er zu müde dazu. Alles in allem hält er das für Glück."

Die Richtigkeit dieses Protokolls bezeugen:

Der Versammlungsleiter:

Der Protokollführer:

.....
Erich Jud, Gemeindepräsident

.....
David F. Reifler, Gemeinderatsschreiber

Die Stimmzähler:

.....
Verena Glarner

.....
Jeannine Moos

.....
Adelheid Oberkalmsteiner

.....
Fabio Steiner

In Anwendung von Art. 49 des Gemeindegesetzes (nGG, sGS 151.2) wird dieses Protokoll vom 9. April bis 23. April 2010 öffentlich aufgelegt.